

Niederschrift
der 01. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 04.01.2023
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:10 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Ann Christin von Allwörden

stellv. Vorsitzende/r

Herr Axel Peters

Mitglieder

Frau Sandra Graf

Frau Maria Quintana Schmidt

Herr Andreas Redlich

Herr Achim Stuhr

Vertreter

Herr Eike Maiwald

Vertretung für Herrn Mathias Miseler

Herr Jörg Schulz

Vertretung für Frau Kerstin Chill

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Frau Heike Benz

Herr Stephan Bogusch

Frau Petra Breuer

Herr Sven Langfeld

Frau Anett Putbrese

Gäste

Herr Marc Quintana Schmidt

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 06. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 30.11.2022
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1 Papierkorbkonzept 2022
Vorlage: B 0082/2022

- 4** Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1** Einrichtung von Halte- und Parkverbotszonen
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PART
TEI
Vorlage: AN 0179/2022
- 4.2** Kommunalen Ordnungsdienst
- 4.3** Barrierefreie Stadt
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von
Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung sind 8 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Peters bittet die Verwaltung unter „Verschiedenes“ um Informationen zur Müllbeseitigung an Silvester.

Frau von Allwörden stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung:

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Da Frau Benz vom Amt für stadtwirtschaftliche Dienste anwesend ist, verständigen sich die Ausschussmitglieder darauf, das Thema in Verbindung mit TOP 3.1 zu beraten.

Anschließend stellt die Ausschussvorsitzende die erweiterte Tagesordnung zur Abstimmung:

Die Tagesordnung wird bestätigt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 06. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 30.11.2022

Die Niederschrift der 06. Sitzung des Ausschusses für Sicherheit und Ordnung vom 30.11.2022 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Papierkorbkonzept 2022 Vorlage: B 0082/2022

Frau Benz geht ausführlich auf den Inhalt der Vorlage ein.

Sie betont, dass es sich um eine freiwillige Leistung ohne Rechtsgrundlage handelt, die sehr umfangreich ist.

Im Vorfeld des Konzeptes wurde der IST-Zustand erfasst, es befinden sich derzeit 812 Abfallbehälter im gesamten Stadtgebiet. Davon sind 770 von der Stadt zu bewirtschaften. Momentan werden 29 verschiedene Fabrikate mit unterschiedlichem Volumen genutzt. Die Entleerungshäufigkeit hängt vom Standort der Behälter und ihres Fassungsvermögens ab. Es gibt einen Plan für die Sommerentleerung und einen Plan für die Wintermonate.

Weiter informiert Frau Benz, dass in Stralsund jährlich ca. 200 Tonnen Müll anfallen.

Die Kosten für einen Papierkorb liegen bei ca. 440 €.

Das Amt für stadtwirtschaftliche Dienste hat die Aufgabe der Papierkorbentleerung in der Hansestadt vor einem Jahr übernommen. So wird sichergestellt, dass jeder Papierkorb bewirtschaftet wird. Außerdem konnten die Entleerungsintervalle von 60.000 auf 125.000 Entleerungen gesteigert werden. Positiv ist auch, dass das Amt auf Abfallschwerpunkte reagieren und die Anzahl und Standorte der Abfallbehälter ständig optimiert werden kann.

Die Abteilungsleiterin erklärt weiter, dass das Müllaufkommen von aktuell 200 Tonnen/Jahr in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen ist. Hinzu kommt, dass viele Müllbehälter vom Volumen her zu klein sind. Es gibt auch Müllbehälter an falsch gewählten Standorten. Außerdem kommen Alter und Zustand der Behälter in einigen Fällen ebenfalls erschwerend hinzu. Viele Abfallbehälter werden durch Vandalismus beschädigt.

Da sowohl Personal- als auch Materialressourcen im Amt für diese Aufgabe ausgeschöpft sind, kann diese nur unter zur Hilfenahme von anderen Ressourcen aus dem Amt erfüllt werden.

Frau Benz macht deutlich, dass die Papierkörbe derzeit nicht so regelmäßig geleert werden können, wie es für ein angenehmes Stadtbild notwendig wäre. Es wird zunehmend festgestellt, dass die städtischen Abfallbehälter für die Entsorgung von Haus- und Gewerbeabfällen genutzt werden. Auch die getroffenen Maßnahmen auf der Hafensinsel, die Müllbehälter mit „Möwenklappen“ zu sichern, zeigt nur wenig Wirkung.

Vergleiche haben gezeigt, dass Stralsund über einen außergewöhnlich hohen Standard in Bezug auf Ausstattung und Entleerung von Müllbehältern verfügt.

Beispielsweise sind in Rostock 12 Papierkörbe pro km² vorhanden, in Stralsund 19.

Die Entleerungsintervalle sollen gesteigert und an Brennpunkten optimiert werden, um ein deutlich sauberes Stadtbild zu erzeugen. Außerdem muss die Vielfalt der Papierkörbe reduziert werden, um die Aufgabe wirtschaftlich erledigen zu können.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, die Abfallbehälter auf 3 – 4 Typen zu reduzieren und auf Behälter mit einer Pressfunktion zurückzugreifen. Die Modelle sollen nach und nach ausgetauscht werden. Behälterdichte und Volumen sollen ständig optimiert werden. Eine Bestandserweiterung soll aber nur im Zuge des Netzausbaues (neue Wohngebiete) erfolgen.

Frau Benz erklärt, dass mit der Bestandsänderung 2022 bereits begonnen werden konnte. Es wurden 65 Papierkörbe im Wert von 95.000 € angeschafft. Um weitere Anschaffungen tätigen zu können, werden für die kommenden Haushaltsjahre entsprechende Beträge angemeldet, auch für Material- und Personalausstattung.

Erfolgreich kann das Konzept nur dann umgesetzt werden, wenn die Verantwortlichen weiterhin in die Planungsprozesse einbezogen und außerdem präventive Maßnahmen durchgeführt werden. Außerdem sollten der Kommunale Ordnungsdienst eingebunden und Verstöße mit Bußgeldern belegt werden.

Herr Peters fragt, ob bereits konkrete Projekte zur Prävention und Müllvermeidung vorliegen. Frau Benz weist darauf hin, dass bei Veranstaltungen Mehrweggeschirr zu nutzen ist, wenn möglich. Weitere konkrete Projekte liegen aber noch nicht vor.

Die Ausschussvorsitzende erkundigt sich, ob einzelne Aktionen stattfinden oder diese beispielsweise in Thementage eingebunden werden sollen. Aus Sicht von Frau Benz ist es denkbar, „Putztage“, die bereits jetzt in der Stadt durchgeführt werden, auf mehrere Tage auszuweiten und so konzentriert auf das Thema aufmerksam zu machen.

Frau von Allwörden stellt den Antrag, die Vorlage zur Beratung in die Fraktionen zu verweisen.

Dem Antrag stimmen die Ausschussmitglieder mehrheitlich zu.

Frau von Allwörden bittet darum, die Geschäftsführung des Ausschusses rechtzeitig vor der nächsten Sitzung zu informieren, ob die Vorlage abschließend in den Fraktionen beraten werden konnte.

Müllbeseitigung nach Silvester

Herr Peters erfragt, ob es innerhalb der Stadtverwaltung Absprachen in Bezug auf die Müllbeseitigung nach Silvester gibt. Nach den Eindrücken von Herrn Peters wurden am Neujahrstag keine Reinigungsarbeiten vorgenommen.

Herr Langfeld erklärt dazu, dass am 01.01.2023 keine Reinigung stattgefunden hat. Die Mitarbeiter des Amtes 68 haben am 02.01.2023 gegen 05:00 Uhr ihren Dienst aufgenommen. Die Reinigung in der Innenstadt war bereits gegen 9:00 Uhr abgeschlossen und wurde dann auf Parkanlagen und andere Stadtteile ausgedehnt.

Herr Bogusch ergänzt, dass es auch in früheren Jahren üblich war, dass die Reinigungsarbeiten am ersten Arbeitstag des neuen Jahres aufgenommen wurden.

Herr Peters erkundigt sich, ob es von Seiten der Verwaltung Überlegungen gibt, die Beseitigung des Silvestermülls bereits am 01.01. eines Jahres zu beginnen, um so beispielsweise zu verhindern, dass der Abfall in den Sund geweht wird.

Herr Langfeld teilt mit, dass die Silvesterreinigung im Amt für stadtwirtschaftliche Dienste ausgewertet wird, um zu schauen, wo Verbesserungen erfolgen können. Er gibt zu bedenken, dass die Stadt die Reinigung in einem Corona-Jahr übernommen hat und noch nicht auf Erfahrungswerte zurückgegriffen werden kann.

Auf Nachfrage von Frau von Allwörden erklärt Herr Langfeld, dass am Montag alleine aufgrund von Silvester 3,5 Tonnen Müll zusammengetragen wurden. Dabei handelt es sich um eine beträchtliche Menge, die vermutlich auch aufgrund der letzten beiden abstinenter Jahre zusammengekommen ist.

Frau Quintana Schmidt ist der Ansicht, dass dem Amt das Vertrauen entgegengebracht werden sollte, die Stadt sauber und ordentlich halten zu können. Sie regt an, noch einmal über ein generelles Verbot von Silvesterknallern zu diskutieren.

Herr Schulz spricht sich dafür aus, eine Kampagne zu starten, die die Menschen dazu auffordert, ihren Silvestermüll selbst aufzuräumen.

Weiter geht er davon aus, dass wenn der Ordnungsdienst an Schwerpunkten Präsenz zeigt, es auch nach Partys im Sommer nicht mehr zu einer solch starken Verschmutzung kommt, wie momentan.

Frau von Allwörden betont, dass es wichtig ist, die Bürger und Bürgerinnen wieder mehr auf ihre Eigenverantwortung hinzuweisen auch in anderen Bereichen.

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich bei Frau Benz und Herrn Langfeld und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Einrichtung von Halte- und Parkverbotszonen Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI Vorlage: AN 0179/2022

Frau von Allwörden informiert zu Beginn, dass es sich nicht um einen Prüfantrag handelt und der Antrag bereits im Ausschuss für Bildung, Hochschule und Digitalisierung beraten wurde.

Zum Thema werden Herr Bogusch und Herr Harfenmeister von der Verkehrswacht Stralsund sprechen.

Herr Bogusch erklärt einleitend, dass die Problematik „Verkehrssicherheit an Schulen“ mit Beginn jedes neuen Schuljahres Thema in der Verwaltung ist.

An der Gerhart-Hauptmann- Schule, Montessori-Schule und Juri-Gagarin-Schule wurden die meisten Probleme hinsichtlich der Hol- und Bringsituation gemeldet.

An allen drei Schulen wurden Kurzzeitparkplätze eingerichtet, um die Situation zu entschärfen.

Schulstraßen, wie sie im Antrag vorgeschlagen werden, gibt es in Deutschland höchstens als Pilotprojekt, sie sind unüblich.

Außerdem erklärt der Abteilungsleiter, dass klassische Hol- und Bringzonen meist nicht direkt vor der Schule eingerichtet werden, sondern 200 – 300 m von der Schule entfernt. Es soll die Kinder befähigen, den Schulweg alleine zurückzulegen, dies funktioniert aber nur dann, wenn sowohl Eltern als auch Schüler entsprechend informiert bzw. vorbereitet werden. Da die Einrichtung der Zonen mit viel Aufwand verbunden ist, sollte darauf hingewirkt werden, mit den bereits getroffenen Maßnahmen zurechtzukommen.

An Hand von Fotos zeigt Herr Bogusch die derzeitige Situation an den Grundschulen in Stralsund.

Es wird deutlich, dass sich die Verwaltung um individuelle Lösungen an jeder Schule bemüht hat.

Herr Harfenmeister informiert, dass es sich bei der Verkehrswacht Stralsund um einen gemeinnützigen Verein handelt, welcher sich der Verkehrsprävention verschrieben hat. Unter

anderem wird Kindern der 4. Klassen die Radfahrprüfung abgenommen. Außerdem werden ältere Fahrzeugführer im Verkehrsgarten geschult.

An den Schulen werden von den ehrenamtlichen Mitgliedern der Verkehrswacht Verkehrsbeobachtungen und ein bis zweimal jährlich Kontrollen in Zusammenarbeit mit der Polizei durchgeführt.

Herr Harfenmeister erklärt, dass in Punkto Verkehrssicherheit an Schulen oft die Eltern das Problem sind und nicht die Kinder.

Herr Harfenmeister betont abschließend, dass zwischen der Verkehrswacht und der Verwaltung eine gute Zusammenarbeit besteht.

Frau von Allwörden dankt für die Informationen und die ehrenamtlich geleistete Arbeit der Verkehrswacht.

Sie regt an, die Schulen zu Beginn eines Schuljahres darauf hinzuweisen, dass die Verkehrswacht gerne auf Elternabenden über das richtige Verhalten von Eltern und Kindern auf dem Schulweg informiert.

Auf die Idee von Herrn Schulz erwidert Herr Harfenmeister, dass die Mitglieder der Verkehrswacht nicht dazu befugt sind, Autos anzuhalten. Er verweist auf die Zusammenarbeit mit der Polizei, die regelmäßig stattfindet und auch zu Verwarnungen führt.

Die Zeit nach Corona hat gezeigt, dass die Verstöße wieder deutlich zugenommen haben und eine Verbesserung nur durch kontinuierliche Präsenz erreicht werden kann.

Die Ausschussvorsitzende lässt darüber abstimmen, dass der Antrag aus Sicht des Ausschusses nicht weiterverfolgt werden soll.

Somit wird der Bürgerschaft empfohlen, den Antrag nicht weiterzuverfolgen.

Der Präsident der Bürgerschaft wird durch die Geschäftsführung des Ausschusses entsprechend informiert.

Abstimmungen: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4.2 Kommunalen Ordnungsdienst

Zur Orientierung erklärt Frau Putbrey, dass der Kommunale Ordnungsdienst an die Abteilung Verkehrsangelegenheiten angegliedert wurde und zum Sachgebiet Verkehrsüberwachung zählt, da hier ebenfalls Außendienstmitarbeiter im Einsatz sind.

Weiter erklärt die Sachgebietsleiterin, dass es im Bereich des Kommunalen Ordnungsdienstes einen Innendienstmitarbeiter geben wird, der alle Hinweise und Beschwerden aufnimmt und in einem Auftragsmanagementsystem erfasst. So können Aufträge ordnungsgemäß abgearbeitet und Daten ausgewertet werden.

Im Außendienst werden nach umfangreicher Schulung und Hospitation in den Ämtern der Stadtverwaltung drei Mitarbeiter tätig sein. Es sind auch Streifengänge mit der Polizei beabsichtigt.

Die Aufgabengebiete sind vielfältig. Nicht nur Bürger und Bürgerinnen können Probleme melden, auch die Fachämter und die Polizei werden Problemlagen melden.

Die Ansprache von Straßenmusikanten gehört genauso ins Tätigkeitsprofil wie zu schauen, ob die Satzungen und Verordnungen der Hansestadt eingehalten werden. Der Ordnungsdienst soll aufklärend arbeiten und auf eine Verhaltensänderung hinwirken, aber auch Anzeigen aufnehmen. Der Kommunale Ordnungsdienst soll neben der Ahndung von Verstößen vor allem präventiv tätig werden und so zur Stärkung des Sicherheitsgefühls der Bürger und Bürgerinnen in der Stadt beitragen.

Frau Putbrese macht deutlich, dass im Bereich Prävention alle Akteure (Präventionsrat, Präventionsverein, Stadtteilkoordinatoren) zusammenarbeiten müssen. Denkbar wäre auch, gemeinsame Projekte ins Leben zu rufen.

Die Sachgebietsleiterin teilt mit, dass der Kommunale Ordnungsdienst im April 2023 seine Arbeit aufnehmen wird. Die Kollegen werden mit entsprechender Dienstkleidung ausgestattet und befinden sich momentan in der Verkehrsüberwachung in der Einarbeitung.

Frau Putbrese bietet an, im Ausschuss regelmäßig über die Arbeit des Kommunalen Ordnungsdienstes zu berichten.

Frau von Allwörden macht deutlich, dass der Kommunale Ordnungsdienst nicht eingeführt wurde, weil die Polizei ihren Aufgaben nicht nachkommt, vielmehr hat die Polizei in Stralsund Aufgaben übernommen, die nicht in ihre Zuständigkeit fallen. Diese Aufgaben werden jetzt vom Ordnungsdienst übernommen.

Herr Stuhr fragt, ob der Kommunale Ordnungsdienst zukünftig personell ausgebaut werden soll. Darauf erwidert die Ausschussvorsitzende, dass die Bürgerschaft den Haushalt beschließt und somit auch die zur Verfügung stehenden Mittel für Personal.

Jetzt sollte der KOD erst einmal die Arbeit aufnehmen. Auswertungen zeigen dann, was er leisten kann.

Frau Putbrese ergänzt, dass nicht nur Kontrollen wichtig sind, sondern auch Prävention, um Bürger und Bürgerinnen zum Umdenken zu bewegen.

Herr Schulz erkundigt sich nach der Ausstattung der Mitarbeiter und äußert Bedenken in Bezug auf die Ausfallzeiten wegen Krankheit oder Urlaub.

Dazu erklärt Frau Putbrese, dass immer eine Doppelstreife unterwegs sein soll. Die Einsatzzeiten werden sich auch nach den Bedarfen richten. Vorgesehen ist, dass die Mitarbeiter vorwiegend zu Fuß unterwegs sind, wobei sie ein Fahrzeug nutzen werden, um in die verschiedenen Stadtteile zu gelangen. Bodycams sind bisher nicht geplant.

Frau von Allwörden erfragt, wie Bürger und Bürgerinnen Hinweise geben können. Die Sachgebietsleiterin erklärt, dass Bürger und Bürgerinnen sich telefonisch, per E-Mail oder über den Mängelmelder an das Amt wenden können.

Frau von Allwörden bedankt sich für die Ausführungen und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.3 Barrierefreie Stadt

Frau Breuer führt allgemein in das Thema ein und betont, dass eine barrierefreie Stadt nicht möglich ist, Stralsund sich aber auf einem guten Weg befindet. Es gibt Hauptwege in

Stralsund, die barrierefrei nutzbar sind. Frau Breuer möchte in der Kommunikation nach außen deutlich machen, was bereits alles möglich ist.

Frau Breuer weist auf das Host Town Programm hin und erklärt, dass es daran anschließend, immer im September, einen Aktionstag geben wird.

In Bezug auf die vor einigen Jahren in Stralsund durchgeführte Rollstuhl-Rallye erklärt die Behindertenbeauftragte der Hansestadt, dass bisher nicht alle aufgezeigten baulichen Mängel beseitigt werden konnten. Bei den Grundstückseigentümern handelt es sich um private Bauherrn, öffentliche Gebäude und Arztpraxen, dies erfordert unterschiedliche Herangehensweisen, um Mängel zu beseitigen. Bei Privat- oder Bestandsbauten ist ein Eingriff kaum möglich.

Trotz intensiver Versuche von Seiten der Verwaltung konnte für das Postgebäude am Neuen Markt noch keine Verbesserung erreicht werden. Bisher ist noch kein Bauantrag eingegangen, es handelt sich aber auch um ein Bestandsgebäude.

Bei der Neugestaltung des Neuen Marktes wird zumindest die Stufe vor dem Gebäude entfernt.

Weiter führt Frau Breuer aus, dass die Bürgerschaft 2018 entschieden hat, die Stelle der Behindertenbeauftragten im Amt für Planung und Bau anzusiedeln. So besteht die Möglichkeit, Bauanträge und Anträge auf Nutzungsänderung auf Barrierefreiheit zu überprüfen. Auch die neue Bauvorlagenverordnung MV misst dem Thema eine größere Bedeutung bei und wirkt sich deshalb positiv aus.

Im Bereich der Verkehrs- und Wegeplanung erstellt Frau Breuer ebenfalls Zuarbeiten, ebenso für den Bereich Planung und Denkmalpflege.

Insgesamt besteht ein guter Austausch zwischen den Ämtern und der Behindertenbeauftragten.

Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, bauliche Barrieren über den Mängelmelder zu melden, wenn möglich werden diese dann schnellstmöglich abgestellt.

Für die kurzfristige Beseitigung von baulichen Mängeln hat Frau Breuer für den Haushalt 2023 Mittel beantragt.

Frau von Allwörden bedankt sich für die Ausführungen und begrüßt die Bemühungen der Stadt hinsichtlich des Postgebäudes.

Frau Quintana Schmidt macht deutlich, dass nicht nur Menschen im Rollstuhl mit unebenen Gehwegen und Bordsteinen in der Altstadt zu kämpfen haben, sondern auch Menschen mit Rollatoren. Hier sieht sie Handlungsbedarf.

Herr Bogusch erklärt, dass die Gehwege und Straßen der Altstadt unter Denkmalschutz stehen und deshalb auch nach Bauarbeiten wieder entsprechend herzurichten sind.

Punktuell wird bei Straßenübergängen mit geschnittenem Pflaster gearbeitet. Verbreitet können auch die verlegten Granitplatten genutzt werden.

Zum Gebäude, welches durch die Deutsche Post genutzt wird, ergänzt Herr Bogusch, dass diese lediglich Mieter ist. Die Immobilienverwaltung müsste die nötigen Schritte für einen Umbau in die Wege leiten.

Abschließend macht die Behindertenbeauftragte der Hansestadt darauf aufmerksam, dass zum Kreis der Menschen mit Behinderung nicht nur Rollstuhlfahrende und Sehbehinderte zählen, sondern beispielsweise auch geistig behinderte Menschen.

Sie betont, dass es wichtig ist, alle Betroffenen im Blick zu behalten.

Frau von Allwörden dankt Frau Breuer und schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 5 Verschiedenes

Da es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keinen Redebedarf gibt, entfallen die übrigen Tagesordnungspunkte.

Die Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung.

**zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen
aus dem nichtöffentlichen Teil**

gez. Ann Christin von
Allwörden
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung